

Euronat: Die Methode des neuen Bürgermeisters

GRAYAN-ET-L'HÔPITAL. Ein gestrichener Beschluss auf der Tagesordnung führt manchmal zu mehr Diskussionen als abgestimmten Entscheidungen.

Mit neun Ja-Stimmen und einer Gegenstimme billigte der Gemeinderat von Grayan-et-L'Hôpital den Beschluss, das Gericht anzurufen, "um die teilweise gerichtliche Auflösung des am 18. Juni 1975 mit der Gesellschaft Euronat geschlossenen Baupachtvertrags auszusprechen". Es war dieser Beschluss vom 1. Dezember 2023, der von der ehemaligen Bürgermeisterin Florence Legrand unterzeichnet war, den die neue Gemeinderatsmehrheit bei der Gemeinderatssitzung am 9. Februar annullieren lassen wollte. Der Beschluss wurde schließlich zurückgezogen, erklärt Bürgermeister Jacky Nicaise, da er Gefahr lief, "retourniert" zu werden, weil er nicht die "richtigen Begriffe" verwendet hatte. Er räumt zwar ein, dass die Formulierung, den Richter um eine Stellungnahme zu dem Thema zu bitten, in gewisser Hinsicht clever war, doch der neue Bürgermeister fühlt sich durch diese "brutale, radikale Methode" gestört. Eine Mediation hätte funktionieren können", meint er. Es gibt noch Zwischenphasen, bevor es zu einer endgültigen Beendigung des Mietverhältnisses kommen kann. Ich denke, dass auch der menschliche Aspekt berücksichtigt werden muss". Jacky Nicaise ist der Ansicht, dass ein möglicher Bruch des bis 2073 laufenden Baupachtvertrags mit dem Betreiber des FKK-Zentrums "die finanzielle Zukunft der Gemeinde belasten" könnte. Denn diese könnte sich dann der Forderung von Euronat nach einer Entschädigung "als Ausgleich für Betriebsverluste und den Rückkauf der Anlagen, die der Gesellschaft Euronat allein gehören" stellen. "Ist es normal, ein solches Risiko einzugehen, wenn eine andere Lösung als die Beendigung des Pachtvertrags angeboten wird?"

Die Justiz kann entscheiden, um den angemessenen Preis zu berechnen, da dies der Ausgangspunkt des Konflikts war: "Enteignung" war das ursprünglich verwendete Wort. Die Idee, den Pachtvertrag zu brechen, wurde auch im Bericht der regionalen Rechnungskammer nicht erwähnt. Warum sollte man also den Pachtvertrag brechen, wenn die Gemeinde mit Hilfe der Justiz wieder in ihre Rechte eingesetzt werden kann?

in seine Rechte zurückkehrt? Das war es doch, was Frau Legrand ursprünglich wollte, oder? Die von den Rechtsberatern der beiden Parteien vorgebrachten Argumente sind derzeit noch nicht rechtskräftig. Es wird Sache des mit dem Fall befassten Richters sein, festzustellen, wer im Recht ist; wir sollten den Schlussfolgerungen der Justiz nicht vorgreifen und sehr vorsichtig bleiben."

"Die Akte liegt vor Gericht, es ist geschehen, die Justiz wird passieren", kommentierte Jacky Nicaise. Aber der Beschluss vom 1. Dezember wurde in einer Zeit gefasst [als ein Drittel des Gemeinderats zurückgetreten war und vor den vollständigen kommunalen Nachwahlen am 23. Januar 2024, Anm. d. Red.], in der die amtierende Bürgermeisterin nur die laufenden Geschäfte führen konnte. Dieser Beschluss wurde immerhin von e contrôle de légalité akzeptiert. Aber was wir wollen, ist, die Situation vom Juli 2023 wiederherzustellen, damit wir mit Euronat über die Höhe der Miete, die Einhaltung der Vertragsklauseln usw. verhandeln können". Bei der Gemeinderatssitzung am Donnerstag, den 20. Juli, hatten die Abgeordneten die Betreibergesellschaft des FKK-Zentrums aufgefordert, Erklärungen zu den Unregelmäßigkeiten bei einigen Bauten des Feriendorfs abzugeben, die von den von der Gemeinde beauftragten Gerichtsvollziehern festgestellt worden waren. Die von der Stadtverwaltung an Vermessungsingenieure und Gerichtsvollzieher vergebene Arbeit endete mit einer Rechnung in Höhe von "160.000 Euro", so Jacky Nicaise. Euronat hatte Punkt für Punkt auf die Schlussfolgerungen dieses "einseitigen" Berichts geantwortet, wie der Bürgermeister in einem Schreiben an Florence Legrand feststellte. Dennoch, so der derzeitige

Bürgermeister, "wäre der Befund widersprüchlich gewesen, hätte dies dieses erste Missverständnis vermieden und es ermöglicht, eine Mediation vor Gericht auf solideren Grundlagen in Aussicht zu stellen." "Ist es die richtige Lösung, über einen Mietvertragsbruch abstimmen zu lassen, bevor man eine Gerichtsentscheidung über eine einseitige Feststellung abwartet? Oder will man sich von vornherein an die Stelle der Justiz setzen? "Er fragt, was seiner Meinung nach die richtige Reihenfolge der Dinge hätte sein sollen: "Eine für beide Parteien unbestreitbare, widersprüchliche Feststellung treffen, die die Grundlage für eine eventuelle spätere Mediation vor Gericht bildet; die Justiz auffordern, zu entscheiden, wenn keine Einigung bei der Berechnung der jährlichen Gebühr für den festgestellten Bestand erzielt werden kann; den Baupachtvertrag "putzen", um ihn zwingend mit der aktuellen Situation in Einklang zu bringen und so einem Missverständnis, um nicht zu sagen einem Konflikt mit Kollateralschäden, die in den letzten Monaten festgestellt wurden, ein Ende zu bereiten. Dies geschieht, wenn nötig, unter der Ägide der Justiz."